

# AMNESTY INTERNATIONAL

## ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

zum 1. Mai 2019

### **IRAN: LASST DIE INHAFTIERTEN AKTIVISTEN FÜR DIE ARBEITERRECHTE FREI!**

Die iranischen Behörden müssen unverzüglich und bedingungslos die willkürlich inhaftierten Aktivisten für die Arbeiterrechte freilassen. Sie sind wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Meinungsäußerung, Vereinigung und Versammlung inhaftiert, gab Amnesty International zum Internationalen Arbeitertag bekannt.

Seit dem 1. Mai 2018 hat AI die Verhaftung von Hunderten Arbeitern und anderer engagierter Aktivisten für die Arbeiterrechte dokumentiert. Die Organisation sieht diese Verhaftungen im Zusammenhang mit der laufenden Unterdrückung sozialer Unruhen und Unterdrückung der öffentlichen Meinung. Gerichte haben Dutzende Arbeiter verurteilt, in mindestens 38 Fällen wurden Prügelstrafen verhängt.

Die iranischen Behörden sollten sofort unparteiische und unabhängige Untersuchungen wegen der Aussagen durchführen, dass einige der Verhafteten gefoltert wurden, darunter Esmail Bakhshi und Sepideh Gholian, deren Fall AI detailliert dokumentiert hat. Sie wurden im Gefängnis gefoltert und misshandelt. Die Verantwortlichen dafür müssen vor ein den internationalen Normen entsprechendes Gericht gestellt werden.

AI erneuert die Forderung an die iranischen Behörden, ihr Verbot unabhängiger Gewerkschaften aufzuheben und den Arbeitern Versammlungen zu erlauben, auch am Internationalen Tag der Arbeit, damit sie ihr Recht auf Einrichtung unabhängiger Gewerkschaften ausüben können.

#### **Verfolgung von Arbeitern**

Als sich die wirtschaftliche Situation im Iran im letzten Jahr verschlechterte, war das teilweise durch die Sanktionen der USA bedingt. Arbeiter aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor gingen zu Tausenden auf die Straße und streikten für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherungen durch den Staat. Gehälter wurden verzögert oder gar nicht gezahlt, eine hohe Inflation war hoch, die Lebenshaltungskosten stiegen und die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich. Das führte zum Protest.

Statt sich der Beschwerden der Arbeiter anzunehmen, war die Antwort der iranischen Behörden die Verhaftung von Hunderten der Fabrikarbeiter, Lehrer und Lastwagenfahrer. Andere wurden zu Verhören vorgeladen und mit Verhaftung bedroht, beleidigt und schikaniert. Dutzende wurden zu Haftstrafen verurteilt und wegen der Teilnahme an friedlich verlaufenen Demonstrationen ausgepeitscht, die Verhafteten klagten über Misshandlungen während der Haft, ein deutlicher Widerspruch zu den international gültigen Menschenrechten und Standards.

Artikel 8 des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sichert das Recht auf Streik zu, der Iran ist Unterzeichnerstaat dieses Paktes. Das Recht zur friedlichen Versammlung ist Inhalt des Artikels 21 des Paktes für zivile und politische Rechte, auch hier ist der Iran Unterzeichnerstaat. Und Artikel 7 behandelt den Schutz vor Folter und Misshandlung, inzwischen ein Grundgedanke des internationalen Rechtes.

Die Sicherheitskräfte gingen mit Gewalt gegen friedlich protestierende Lehrer vor, die höhere Löhne und eine Verbesserung des Bildungssystems forderten. Seit Mai 2018 wurden etwa zwei Dutzend Lehrer bei nationalen Streiks verhaftet. Es gab Verurteilungen zu Haftstrafen, Auspeitschungen u.a.

Seit Anfang 2018 wurden Hunderte von Lastkraftfahrern inhaftiert. Sie hatten an landesweiten Streiks für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und freie Gewerkschaften teilgenommen. Im September und Oktober 2018 versuchte der Generalstaatsanwalt weitere Streiks zu verhindern, indem er in den Medien verbreiten ließ, den Streikenden könne die Todesstrafe drohen.

# AMNESTY INTERNATIONAL

In den vergangenen Monaten wurden Fabrikarbeiter in Ahwaz, in der Provinz Khusistan, nach Streiks inhaftiert. Wegen nicht ausgezahlten Löhnen und Missständen nach der Privatisierung streikten die Zuckerarbeiter in Khusistan. Nach friedlichen Demonstrationen wurden Arbeiter willkürlich inhaftiert. Mindestens in zwei Fällen kam es zu Misshandlungen in der Haft.

## Willkürliche Inhaftierung

Seit dem 1. Mai 2018 hat AI die Verhaftungen von Hunderten von Arbeitern und Aktivisten für die Arbeiterrechte dokumentiert. Mindestens 12 von ihnen sind weiterhin in Haft. Am 26. April 2019 versammelten sich Dutzende von Aktivisten für die Arbeiterrechte friedlich in einem Teheraner Park. Dabei wurden 12 Personen verhaftet. Sie wurden am selben Tag wieder entlassen, in Haft blieben **Alireza Saghafi**, **Haleh Safarzadeh** und **Parvin Mohammadi**. Die Anklagen gegen sie sind nicht bekannt.

Am 21. Februar 2019 wurde der Lehrer **Omid Shahmohammadi** von einem Revolutionsgericht in Sanandaj in Kurdistan zu einem Jahr Haft verurteilt. Er hatte an den landesweiten Streiks am 13. und 14. Oktober 2018 teilgenommen. Nach Menschenrechtsorganisationen sind mindestens 14 Lehrer im Iran im Zusammenhang mit den Streiks verhaftet worden. Einige wurden angeklagt, andere nur verhört und ihnen wurden Strafen angedroht.

**Jafar Azimzadeh** ist Führer der freien Arbeiterunion im Iran. Er wurde am 29. Januar 2019 inhaftiert und verbüßt jetzt eine Haftstrafe im Evin Gefängnis. Im März 2015 wurde er zu 6 Jahren Haft verurteilt. Die Anklagen waren „Versammlung und Verschwörung, um Straftaten gegen die nationale Sicherheit zu begehen“ und „Verbreitung von Propaganda gegen das System“. Das Urteil basierte allein auf seinen friedlichen gewerkschaftlichen Aktivitäten. Er hatte Unterschriften für eine Petition gesammelt, in der Lohnerhöhungen gefordert wurden, Interviews in ausländischen Medien gegeben und demonstriert. Im Juli 2016 war er aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend entlassen worden.

Der Gewerkschaftler **Behnam Ebrahimzadeh** wurde am 12. Dezember 2018 inhaftiert. Im März 2019 verurteilte man ihn zu 6 Jahren Haft wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“. Er hatte friedlich für gewerkschaftliche Ziele gearbeitet und an Demonstrationen in Haft Tapeh teilgenommen. Während seines Prozesses war er ohne Anwalt, die Verhandlung dauerte 10 Minuten. Am 4. März 2019 wurde er gegen Kautionsentlassung entlassen.

**Reza Shahabi** wurde am 11. Dezember 2018 zusammen mit Kollegen verhaftet, dann wieder freigelassen. Der bekannte Menschenrechtler **Ali Nejati** war früher Arbeiter in der Zuckerfabrik Haft Tapeh. Er wurde am 29. November 2018 verhaftet und wegen Teilnahme an Demonstrationen verurteilt. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er dann freigelassen. Im August 2018 wurde der Lehrer Mohammad Habibi zu zehneinhalb Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Die Anklage war „Mitgliedschaft in politischen und sozialen Parteien und Gruppen“. Nach dem neuen Strafgesetz muss er 7 Jahre lang in Haft bleiben. Er befindet sich jetzt im Evin Gefängnis. **Esmail Abdi** ist Mathematiklehrer und in der Leitung der Lehrgewerkschaft in Teheran. Er verbüßt eine sechsjährige Haftstrafe wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“.

Ähnlich wie den Genannten erging es Journalisten, die über gewerkschaftliche Aktivitäten berichteten. So **Mahmoud Langroodi**, **Asal Mohammadi**, **Amir Amirgholi**, **Amirhossein Mohammadi** und seiner Frau **Sanaz Alahyari**, ebenfalls Journalistin. Sie hatten bei den Verhandlungen alle keinen Verteidiger ihrer Wahl.

## Folter und Misshandlung

AI hat die Fälle von Gewerkschaftlern dokumentiert, die in Haft misshandelt wurden. In einigen Fällen sollten so „Geständnisse“ erzwungen werden. Der schlimmste Fall ist der von **Esmail Bakhshi** und **Sepideh Gholian**, die detaillierte Informationen an AI geben konnten. Esmail Bakhshi ist Arbeiter in der Zuckerfabrikation. Er und Sepideh Gholian, Studentin und Teilnehmerin an einer Demonstration der Arbeiter in Haft Tapeh, hatten an einer Demonstration in Shush teilgenommen. Sie wurden am 18. November 2018 verhaftet und Mitte Dezember 2018 auf Kautionsfreilassung entlassen. Danach berichteten sie in den sozialen Medien von der erlittenen Folter durch die Sicherheitskräfte und die Geheimdienstler. Nach ihrer Verhaftung wurden

# AMNESTY INTERNATIONAL

sie zum Büro der Sicherheitsbehörden in Shush gebracht. Sie wurden dort von mehreren Personen geschlagen und an den Händen gefesselt. Nach ihrer Freilassung berichtete Sepideh Gholian, dass ein Geheimdienstler sie auf den Kopf geschlagen habe. Dabei gebrauchte er vulgäre Wörter und er habe sie Hure genannt. Sie habe Sex mit den Arbeitern getrieben und er wolle sie töten, um so die Ehre ihrer Familie zu retten. Esmail Bakhshi sagte: „Man hatte mir die Augen verbunden und Handfesseln angelegt. Zwei Männer traten mir ins Gesicht. Ich lag auf dem Boden.“

Später brachte man sie in das Geheimdienstbüro in Ahwaz. Während der Fahrt habe man sie dauernd misshandelt und sexuelle Obszönitäten gesagt. Esmail Bakhshi wurde im Sexualbereich verletzt. Dreimal habe er das Bewusstsein verloren. Schmerzen habe er danach noch zwei Monate lang verspürt. Als sie in dem Büro in Ahwaz angekommen waren, sagte der Geheimdienstler, dieser Platz befinde sich quasi am Ende der Welt. Hier habe man keine Menschenrechte und könne nur gestehen. Es waren noch andere Gefangene im Haus, deren Schmerzensschreie sie hören konnten. Auch bei den Verhören seien sie misshandelt worden. Zugang zu einem Anwalt hatten sie nicht. Besonders Sepideh hatte bei den Verhören zu leiden. Das Ziel der Misshandlungen sei ein „Geständnis“ gewesen.

Am 20. Januar 2019 wurden Esmail Bakhshi und Sepideh Gholian erneut verhaftet, offensichtlich in Vergeltung für ihre Aussagen über die Folter. Sie hatten damals unter der Folter „Geständnisse“ abgelegt, die einen Tag vor ihrer erneuten Verhaftung im staatlichen Fernsehen gezeigt wurden. Sie hätten Verbindung zu kommunistischen Gruppierungen im Ausland gehabt, um mit Hilfe der Arbeiter die iranische Regierung zu stürzen. Der Anfang dazu seien die Streiks und Demonstrationen gewesen.

Seit dem 28. April befinden sich die beiden Gefangenen im Evin Gefängnis.

## **Auspeitschungen**

2018 wurden nach Erkenntnissen von AI 38 Arbeiter zu etwa insgesamt 3000 Peitschenhieben verurteilt. Seit dem 1. Mai 2018 wurden acht Lehrer neben Haftstrafen zu je 74 Peitschenhieben verurteilt, weil sie an gewerkschaftlichen Aktivitäten und Demonstrationen beteiligt waren. Im Oktober berichteten Gewerkschaftskreise, dass in der Provinz Markazi 15 Lehrer wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu 12 bis 30 Monaten Haft und je 74 Peitschenhieben verurteilt wurden. Sie hatten gestreikt, um gegen nicht gezahlte Löhne zu protestieren.

Im Dezember 2018 wurde berichtet, dass in der Provinz Ilam 15 Arbeiter wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu 6 bis 24 Monaten Haft und je 74 Peitschenhieben verurteilt wurden. Sie hatten gegen die Entlassung von Kollegen ein Sit-In durchgeführt.

Als Unterzeichnerstaat des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte ist der Iran zum Verbot der Folter und anderen grausamen, unmenschlichen und herabwürdigenden Behandlungen oder Strafen, wie Auspeitschungen, verpflichtet. Auspeitschung ist ein schrecklicher Angriff auf die menschliche Würde. Sie verletzt das absolute Verbot der Folter, wie es das internationale Recht vorsieht.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)